

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

28. Feber 1952

Bundeskanzler Figl: Keine Pläne zur Zerreissung Österreichs362/A.B.

zu 406/J

Anfragebeantwortung

Zu einer Anfrage der Abg. K o p l e n i g und Genossen, betreffend die Pläne zur Zerreissung Österreichs im Dienste der amerikanischen Kriegsvorbereitungen, teilt Bundeskanzler Dr. Dipl.-Ing. F i g l mit:

„Wie aus einer Beantwortung der Anfrage der Abgeordneten Ernst Fischer und Genossen durch den Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten, betreffend den Inhalt der Unterredung des Bundesministers für die Auswärtigen Angelegenheiten mit dem Chefkorrespondenten der amerikanischen Zeitung 'New York Times' zu entnehmen ist, enthält diese Unterredung keinen Hinweis auf die laut Anfrage in Aussicht genommenen Schritte.

Wenn in der Anfrage behauptet wurde, 'dieser ungeheuerliche Plan, der unter ausdrücklicher Berufung auf den Bundesminister Dr. Gruber veröffentlicht wurde, ist von keiner Regierungsstelle dementiert worden', so ist dem entgegenzustellen, dass kein wie immer gearteter Plan unter ausdrücklicher Berufung auf den Aussenminister Dr. Gruber veröffentlicht wurde. Die 'New York Times' berichtete, Österreich nehme für den Fall, dass es von sowjetischer Seite zum Äussersten getrieben werde, bestimmte Massnahmen in Aussicht. Die Bundesregierung hat sogleich nach Eintreffen der 'New York Times' in Wien dementiert, von ihrer Seite seien irgendwelche Anregungen dieser Art gegeben worden.

Die Bundesregierung hofft im übrigen nach wie vor, dass sich auch die Sowjetunion nach sieben Jahren bereit finden werde, dem Abschluss eines österreichischen Staatsvertrages zuzustimmen. Sofern jedoch die Sowjetunion, gestützt auf mit dem Vertragsthema nicht zusammenhängende Einwendungen, diese Mitwirkung verweigern sollte, wäre es wohl die selbstverständliche Pflicht der Bundesregierung, zu prüfen, durch welche geeignete Massnahme diese sowjetische Mitwirkung herbeigeführt werden könne. Zu solchen möglichen Schritten gehört nach Ansicht des Bundesministers für die Auswärtigen Angelegenheiten auch die Anrufung der Vereinten Nationen als der gegebenen Weltschiedsinstanz in Fragen internationaler Streitigkeiten. Es gehört ja zu einer der bedeutendsten Traditionen der menschlichen Kultur und zur Grundlage friedlicher Entwicklung, internationale Streitfragen Schiedsinstanzen zu übertragen. Die Bundesregierung würde eine Bitte um Vermittlung erst nach Beschlussfassung durch das österreichische Parlament an die Vereinten Nationen richten. Die Antragsteller werden daher gegebenenfalls Gelegenheit haben, ihre etwa entgegenstehende Meinung rechtzeitig dem Hohen Hause zur Kenntnis zu bringen.

Die Bundesregierung hat übrigens wiederholt erklärt, dass sie Sonderverträge mit einzelnen Mächtegruppen ablehne. Gleichlautende Erklärungen wurden auch bereits von den Grossmächten abgegeben. Von irgendwelchen Plänen zur Zerreissung des Landes kann also keine Rede sein."

-.-.-